



POLITIK / REDAKTION

Biowaffen - Feldversuche an den Grenzen Europas ...

(SB) - Seit Wochen grassieren vornehmlich in der osteuropäischen Presse Berichte über die Durchführung von Experimenten mit biologischen Waffen durch das US-Militär an lebenden Menschen in Georgien. Die Hinweise auf derart scheußliche Aktivitäten erscheinen inzwischen als derart plausibel, daß Rußland ... (S. 5)

POLITIK / KOMMENTAR

Klimawandel - auf dem Rücken des Bürgers ...

(SB) - Einmal mehr mahnt der Weltklimarat IPCC "schnelles und weitreichendes Handeln" zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad über vorindustriellem Niveau an. Dabei sind ein Grad Erwärmung bereits erreicht, und das in der erdgeschichtlich kurzen Zeit von 200 Jahren, in denen der CO2-Gehalt ... (S. 6)

POLITIK / KOMMENTAR

Brasilien - Rechtsruck ...

(SB) - Die Rede ist von der wichtigsten Wahl seit dem Ende der Militärdiktatur in Brasilien 1985 und ihr Ausgang könnte die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas in Verhältnisse ... (S. 8)

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Rumäniens homophobes Referendum

von Romania - Torture in Europe, 7. Oktober 2018



Teilnehmer beim GayFest Bukarest 2006

Photo by Stefan Botez, CC BY-SA 2.5 [taken from <http://monsoux.blogspot.com/> used with permission (granted via e-mail)] <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.5/deed.de> via Wikimedia commons

Menschenrechtsgruppen reichen rechtliche Schritte gegen homophobes Referendum ein

Ein geplantes Referendum zur Änderung der Definition von Familie in der rumänischen

Verfassung könnte zu einem Verstoß gegen internationale Menschenrechtsstandards führen und die homophobe Diskriminierung im Land verstärken, sagte Amnesty International [1], als sie sich anderen Rechtsgruppen anschloss und in einem Fall vor dem rumänischen Verfassungsgericht intervenierte.

Das der rumänische Staat Homophobie verbreitet, ist bekannt. Udenkbare Korruption lauert in jeder Ecke des Landes und ist allgegenwärtig.

Auch bekannt ist, dass die Pflicht zur Einhaltung der geltenden Menschenrechtskonventionen nur auf dem Papier anerkannt wurde, um ein Teil der Europäischen Gemeinschaft zu werden und damit so zu tun, als habe das Land und mit ihm seine Herrschenden die dunkle Vergangenheit hinter sich gelassen und sei dadurch berechtigt, die Milliarden-Förderung aus dem "Gemeinschafts-Topf" zu erhalten und auf EU-Ebene mitreden zu können.

Auch dachte sich wohl die rumänische Staatsmacht, dass ein Beitritt zur NATO dienlich wäre, der internationalen Gemeinschaft weis zu machen, man sei daran interessiert, die Einhaltung der Menschenrechte auch militärisch durchzusetzen. In der Folge wurden diverse Stützpunkte im Land eröffnet, die anscheinend geostrategisch von Bedeutung sind.

Jedoch merken bisher nur wenige, das durch die Beitritte keine positiven Änderungen im Land stattgefunden haben, welche erkennen lassen, man sei keine Diktatur mehr und man würde seine Bevölkerung und andere nicht mehr verfolgen, unterdrücken, foltern oder an Hunger und Verwahrlosung sterben lassen, wie in der Vergangenheit des Landes.

Auch der Geheimdienst (vergleichbar mit der Stasi), heute SRI genannt (ehemalige Securitate), ist bis heute umstritten aktiv. Teilweise sogar mit den alten Machthabern von damals.

Nun, im Jahr 2018, wird versucht das gespaltene rumänische Volk wieder zu einen, und von den enormen Problemen abzulenken, indem man homophobe Ängste und Ressentiments schürt.

Anstatt endlich Probleme anzupacken, wird versucht, die täglich demonstrierende und unterdrückte Bevölkerung wieder zu beruhigen, indem man ihr das Gefühl gibt, in einem sogenannten Referendum entscheiden zu dürfen.

Eine Volksabstimmung wird durchgeführt, nicht etwa, um beispielsweise über Mindestlöhne abzustimmen, mit dem die Arbeitnehmer sich wenigstens ein Minimum an Menschenwürde finanzieren können, auch wird nicht abgestimmt, ob vielleicht 30 Euro Sozialhilfe monatlich doch nicht ausreichen, um als kranker, alter oder hilfsbedürftiger Mensch am Leben zu bleiben und Miete zahlen zu können.

Nein, es wird versucht den Bürgern und auch der EU vorzugaukeln, es würde keine anderen Probleme geben, außer, dass es undenkbar ist, das LGBT (Lesbische, Schwule, Bisexuelle, Transgender oder Intersexuelle Menschen) den Namen Familie für ihr Zusammenleben zu benutzen.

Gemäß der Auffassung einiger, ist lediglich das Zusammenleben einer Frau mit einem Mann **FAMILIENLEBEN!** Andere Konstellationen sollen in Zukunft verfassungswidrig sein!

Um diesen Fakt in die Verfassung aufnehmen zu lassen, gibt der verarmte Mitgliedstaat nun mehr als 45 Millionen Euro für eine Volksabstimmung aus.

Dass Kinder allein oder sogar ganze Familien noch immer in Kanalschächten oder unterirdischen Fernwärmeschächten unter den Straßen leben, wird jedoch

gekonnt ausgeblendet und verschwiegen.

Auch, dass Minderjährige in staatlichen Kinderheimen von der Polizei, den Heimleitern und Angestellten verkauft werden, um beispielsweise sexuelle Beziehungen mit Erwachsenen zu führen, oder Devisen ins Land zu spülen, wird auch mit aller Macht verheimlicht und bestritten.

Jugendliche, aber auch behinderte Minderjährige, werden in sogenannte Haftanstalten, in menschenunwürdige Gefängnisse eingeliefert, wo diese sich gegenseitig sexuell missbrauchen oder sogar töten. Sie werden eingesperrt mit Erwachsenen ohne Hilfe in absolut ekelhaften, illegalen Bedingungen! Das ist auch ein Teil der Wirklichkeit und des traurigen Alltags in diesem Land.

Nun soll absurderweise trotz eines neuen Urteils der EU-Richter ein Referendum entscheiden, was schon längst entschieden ist!

Das heißt, weiterhin werden EU-Richtersprüche verspottet, und es wird so getan, als müsse man sich nicht an die Gesetzgebung der Europäischen Union halten.

Mit Blick auf die Aufenthaltsfreiheit von Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen umfasse der Begriff des Ehegatten auch homosexuelle Partner, entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einem im Sommer 2018 verkündeten Urteil. Nachdem ein Rumäne mit seinem amerikanischen Ehemann gegen den rumänischen Staat in diversen Instanzen klagen musste (nachzulesen in einer kurzen Zusammenfassung der Zeitung taz)[2].

Die Diskriminierung, die unter anderem durch die Rumänisch-Orthodoxe Kirche, durch die rumänischen Staatsmedien und die dortigen regierenden korrupten Politiker geschickt "verpackt und verharmlost" und dann verbreitet wird, hat in Zukunft extreme Auswirkungen für eine Vielzahl von Menschen, die sich in diesem Land aufhalten.

Welche Ausmaße die verbreitete Homophobie beispielsweise für deutsche Staatsbürger annehmen kann, wurde bereits veröffentlicht. Unter anderem im Tatsachenbericht in der Presseagentur Pressenza (Rumänien ein Alptraum der Menschenrechte und die EU schaut weg)[3].

Auch gab es ein recht neues Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, in dem korrupte rumänische Gerichte und die rumänische Polizei in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft praktisch wegen Duldung von homophober Gewalt verurteilt wurden.

Das europäische Gericht erklärte, dass, wenn Hassverbrechen nicht von Gewaltangriffen, denen keine Vorurteile zugrunde liegen, unterschieden würden, diese Nichtbeachtung der diskriminierenden Tatmotive einer Gleichgültigkeit gegenüber Hassverbrechen und einer staatlichen Duldung derartiger Taten gleichkomme (eine kurze Zusammenfassung des Urteils hat Amnesty International veröffentlicht)[4].

Homophobie ist heilbar, Homosexualität aber nicht!

Ein Homosexueller Norweger wurde in Rumänien verhaftet, er

musste eine Psychologin in der menschenunwürdigen JVA aufsuchen, die Diagnose der Rumänischen Psychologin war: Störung der Sexualpräferenz F65.9!

Am 17. MAI 1990 hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) der UNO Homosexualität aus ihrer Krankheitsliste gestrichen.

Das heißt, es wurde aus der International Classification of Diseases (ICD) gestrichen. Heute käme kein ernst zu nehmender Wissenschaftler mehr auf die Idee, Homosexuelle als krank anzusehen.

Jedoch anders im homophoben Rumänien!

Während sogar in den USA immer mehr Staaten die Reparativtherapie gegen Homosexualität verbieten, verabreichen die sogenannten Ärzte in Rumänien Medikamente, und stempeln Homosexuelle mit Hilfe einer Klassifikation F65.9 als krank ab.

Eine Übersetzung und das gesamte Dokument (Name des "Patienten" geschwärzt) ist hier [5] verfügbar.

Nachdem nun Polen und Ungarn wegen Nichteinhaltung der Rechtsstaatlichkeit und diversen Verstößen und Menschenrechtsverletzungen öffentlich gerügt wurden, und hoffentlich auch mal endlich Strafen zu erwarten haben, vermisst man die längst überfällige Durchsetzung von Sanktionen gegen Rumänien. Anscheinend wird dieser Staat von EU-Behörden geschützt oder vergessen, oder aufgrund der anscheinend wichtigen NATO-Stützpunkte haben die korrupten Staatsoberhäupter im Land nichts

zu befürchten und können ungestraft weiter machen wie bisher.

Fazit ist, dass in diesem Land immer noch Menschen das Bedürfnis empfinden, die Verfassungsmäßigkeit der Definition von Familie anzufechten.

Ein Beispiel um die unglaublichen Vorhaben zu visualisieren: Eine Frau, die jahrelang von ihrem Mann misshandelt oder missbraucht wurde und sich danach entschließt, mit einer anderen Frau eine Familie zu gründen, wird laut rumänischer Verfassung vielleicht in Zukunft von der Bevölkerung noch härter ausgeschlossen als zuvor.

Oder ein Kind, welches bei seinem Vater aufwächst, und jener sich in einen anderen Mann verliebt, hat eventuell in Kürze keine Familie mehr, weil die Definition FAMILIE wie gefordert dann nur noch aus dem Zusammenleben von Mann und Frau Familie genannt werden darf.

Das nun auch Kinder und Jugendliche, die in diesem Land leben, noch weiter beeinflusst, verunsichert, diskriminiert oder sogar attackiert werden, ist vorprogrammiert.

Jugendliche werden von den Staatsmedien und anderen zwielfichtigen Organisationen missbraucht, um "pro Homophobes-Referendum-Werbeclips" zu produzieren.

Inszeniert wurde beispielsweise diese Werbung mit der Überschrift "Rumänien für das Referendum", worin junge Menschen des Landes zu den Senatoren von Rumänien sprechen [6].

Der eindeutig homophobe Charakter dieses Referendums soll verharmlost werden, in dem man für dieses Referendum z.B. folgende Slogan benutzt: UNSERE MISSION - Schützen und unterstützen Sie die Familie, die auf der Ehe zwischen einem Mann und einer Frau beruht.

"Wovor soll man die Familien schützen??? Etwa vor homosexuellen Menschen, die vorhaben anzugreifen, oder die Ehe zwischen Mann und Frau auslöschen wollen???"

Oder sollen junge Menschen nun auch noch mit Hilfe der Verfassung davor geschützt werden, mit ihren "anders liebenden" Eltern, Pflegeeltern oder anderen Familienmitgliedern zusammen als Familie zu leben?

Wird ernsthaft die Überzeugung verbreitet, dass es besser ist, auf der Straße zu leben, oder in den diversen unmenschlichen, illegalen staatlichen Einrichtungen hausen zu müssen, weil auf einmal die Familie, die man gewohnt ist, keine Familie mehr ist?

Wir hoffen, dass die EU-Kommissare, in Zusammenarbeit mit diversen Menschenrechtsorganisationen, niemals zulassen, dass dieser Albtraum wahr wird. Sollte es doch dazu kommen, dass ein EU-Mitgliedstaat solche homophoben Anwandlungen auch noch in die Verfassung übernehmen darf, sollten zumindest Reisewarnungen ausgesprochen werden (z.B. von Seiten des Auswärtigen Amts), in denen Reisende davor gewarnt werden, das Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit regelmäßig missachtet werden

und man sich nicht auf den Schutz der EU-Gesetzgebung verlassen kann und einem auch eine Botschaft im Land nicht hilft.

Auch muss davor gewarnt werden, dass insbesondere homosexuelle Menschen oder Familien befürchten müssen, bei der Durchreise oder bei einem touristischen Aufenthalt diskriminiert, verspottet, angegriffen oder sogar verhaftet zu werden, weil sie laut der Verfassung kein Recht haben, ihr Familienleben vor Ort auszuüben.

*Romania - Torture in Europe
Blogg über Menschenrechtsverletzungen in Rumänien*

Erstveröffentlicht bei:
<http://torture-prison.eu/homophobes-referendum/>

Anmerkungen:

[1] <https://www.queeramnesty.de/-meldungen/artikel/jahr/2018/view/-rumanien-menschenrechtsgruppen-reichen-rechtliche-schritte-gegen-homophobes-referendum-ein.html>

[2] <http://www.taz.de/!5510424/>

[3] <https://www.pressenza.com/-de/2018/05/rumanien-ein-alptraum-der-menschenrechte-und-die-eu-schaut-weg/>

[4] <https://www.queeramnesty.-de/laender/artikel/kategorie/europa/view/rumanien-verurteilt.html>

[5] <https://torture-prison.eu/wp-content/uploads/2018/10/homophob-doctor-romania.pdf>

[6] https://youtu.be/hjt9hj8_Xxo

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

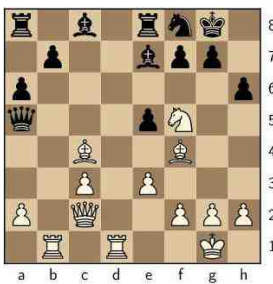
<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/meinung/eumst021.html>

SCHACH - SPHINX

Spurenlese der eigenen Seele

(SB) - Hinter die Absichten zu kommen, die der Gegner eines-teils verbirgt, mit seinen Zügen jedoch halb auch offenlegen muß, das könnte eines der Ideen zur Entstehungsgeschichte des Schachspiels gewesen sein. An dieser Grenze begegnet man auch dem allzu menschlichen Umstand der Gleichgültigkeit. Der andere wird unterschätzt, nicht ernstgenommen in seinen Plänen und schlechterdings mit Ignoranz bedacht. So laufen gerade Parteien unter Anfängern der Kunst aneinander vorbei. Jeder spielt für sich, als gäbe es keine Bedrohung, kein Achtgeben, keine sinnvoll gestaltete Annäherung. Die Gesetze der Schachkunst sind ja erst viel später hineininterpretiert worden, stellen also bestenfalls eine Reflexion der zeitgeschichtlichen Ansichten und Konzepte hinsichtlich der strategischen Ideen dar. Das Schachspiel ist viel älter

als diese halbwissenschaftlichen, halb-empirischen Darlegungen. Schach ist zunächst einmal eine Begegnungsstätte zweier Individuen. Hier erproben sich Menschen in ihren Denkmöglichkeiten, treffen auch auf ihre Beschränkungen. Kein Zug ist schlecht oder gut, wenn man nicht zu verstehen versucht, warum der andere einen Zug ausgeführt hat. In die fremde Gedankenwelt einzuhorchen, mit allen Sinnen und aller Verstandesschärfe zu ergründen, warum sich Züge in einer bestimmten Art und Weise entwickeln - ist Spurenlese auch der eigenen Seele. Im heutigen Rätsel der Sphinx hatte es der Nachziehende versäumt, auf seinen Kontrahenten einzugehen. Er spielte nicht nur weitgehend planlos, sondern auch wie eine Maschine, die in einem Räderwerk gefangen ist. Für Weiß war es daher leicht, da er sich mehr Mühe gab beim Erfassen der Hintergründe, einen entscheidenden Angriff zu organisieren, Wanderer.



Faragó -
Saizew
Sotschi
1980

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:

Salo Flohr konnte nach 28.e4-e5! f6-f5? 29.Tc5-c8! um eine Erkenntnis reicher aus der Turnierhalle flüchten. Aljechins letzter Zug gewann einen ganzen Turm. Flohrs Leiden hatte ein Ende.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06709.html>

POLITIK / REDAKTION / MILITÄR

Biowaffen - Feldversuche an den Grenzen Europas ...

(SB) 8. Oktober 2018 - Seit Wochen grassieren vornehmlich in der osteuropäischen Presse Berichte über die Durchführung von Experimenten mit biologischen Waffen durch das US-Militär an lebenden Menschen in Georgien. Die Hinweise auf derart scheußliche Aktivitäten erscheinen inzwischen als derart plausibel, daß Rußland inzwischen Aufklärung verlangt. Auf einer Pressekonferenz am 5. Oktober erklärte Generalmajor Igor Kirilov, der Leiter der russischen atomaren, biologischen und chemischen Schutztruppen, das Verteidigungsministerium in Moskau erwarte von den Regierungen der USA und Georgiens Antworten auf die Frage, warum giftige Kampfstoffe und biologische Waffen am Richard Lugar Public Health Research Center bei Tiflis gelagert werden. Der Namensgeber des Labors, Richard Lugar, vertrat lange Jahre den Bundesstaat Indiana im Washingtoner Senat, wo er sich unter anderem als republikanischer Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses für die internationale Abrüstung im Bereich der Massenvernichtungswaffen besonders stark machte.

Bereits am 11. September hatte in Moskau der ehemalige georgische Sicherheitsminister Igor Gioradze anhand Tausender Dokumentenseiten, die ihm Freunde in seiner kaukasischen Heimat geschickt hatten, von sonderbaren Vorgängen an der amerikanischen Forschungsstation berich-

tet. Gioradze unterstellte den Biologen des Pentagons und Mitarbeitern privater US-Sicherheitsdienstleistungsunternehmen dort, geheime Menschenversuche zu unternehmen. Aus den Unterlagen geht hervor, daß im Verlauf der Erforschung von Mitteln gegen Hepatitis C im Dezember 2015 30 Menschen starben - 24 von ihnen an einem Tag. Im April 2016 starben weitere 30 Patienten und im darauffolgenden August 13. "Das sonderbare an der Geschichte ist die Eintragung Todesursache 'unbekannt'. Es hat keine Untersuchung bezüglich des Grundes für den Tod dieser Individuen gegeben", empörte sich Gioradze.

In einer aufsehenerregenden Reportage, die am 20. Oktober bei dem im libanesischen Beirut ansässigen, west-kritischen Nachrichtensender Al Mayadeen ausgestrahlt wurde, hat die bulgarische Investigativjournalistin Dilyana Gaytandzhieva weitere Einzelheiten über das gefährliche Treiben der US-Biowaffenforscher im Tifliser Stadtteil Alexeevka publik gemacht. Nachbarn der Anlage berichteten von üblen Gerüchen aufgrund irgendwelcher Gas- und Rauchabsonderungen rund um die Uhr. Die Einheimischen vermuten, daß im Labor gefährliche Chemikalien verbrannt und nachts einfach durch vier große Schornsteine gejagt werden. Zudem beklagen sie die illegale Verklappung von Giftstoffen in das kommunale Abwassersystem, was ebenfalls eine

erhebliche Belastung für Mensch und Umwelt darstellt. Vier philippinische Mitarbeiter des Labors, die in einem Wohnblock in Alexeevka lebten, sollen sich bei der Arbeit dermaßen schwer vergiftet oder mit einem Krankheitserreger angesteckt haben, daß zwei von ihnen noch in den Händen der staatlichen georgischen Rettungssanitäter starben.

Die Einrichtung des Richard-Lugar-Forschungslabors in Tiflis wurde 2012 aufgrund eines Abkommens zwischen der pro-westlichen Regierung Micheil Saakaschwilli und der Administration Barack Obamas beschlossen. Finanziert wurde das Labor aus den Mitteln der Defense Threat Reduction Agency (DTRA) des Pentagons; Kostenpunkt bisher 161 Millionen Dollar. Die Mitarbeiter der Anlage genießen aufgrund des Abkommens Schutz vor der georgischen Justiz. Sie können in Georgien nicht vor Gericht gestellt werden. Darüber hinaus genießen die leitenden Mitarbeiter der Anlage Diplomatensstatus. Nach Recherche von Dilyana Gaytandzhieva nutzen die amerikanischen Beschäftigten der Station, um gefährliche Pathogene und Viren im Diplomatenkoffer nach Georgien hinein- und wieder aus dem Richard-Lugar-Labor herauszuschmuggeln.

Im besagten Labor werden unter anderem Medikamente des US-Pharmaunternehmens Gilead getestet. Die georgischen Behörden haben auch dieser Firma rechtlichen Schutz vor möglichen negativen Folgen schriftlich zugesichert. Dies geht aus einer schriftlichen Vereinbarung hervor, die der georgische Gesundheitsmini-

ster David Sergeenko mit dem U.S. Center for Disease Control (CDC) geschlossen hat. Es sollen die Gilead-Medikamente Sovaldi und Harvoni gewesen sein, die im Einsatz waren, als es 2015 und 2016 zu den vielen Toten unter den Probanden kam. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß erstens Gilead zu den größten finanziellen Partnern der Center for Disease Control Foundation (CDCF) gehört, und zweitens, daß Donald Rumsfeld zu den führenden Aktieninhabern des Pharmakonzerns gehört. Als Pentagonchef George W. Bushs spielte Rumsfeld 2002 und 2003 bekanntlich eine führende Rolle, als es darum ging, die angeblich vom Irak ausgehende ABC-Waffengefahr aufzubahnen, um den illegalen Anti-Saddam-Husseini-Feldzug zu begründen.

Im Richard-Lugar-Labor in Tiflis wird angeblich auch Forschung an Insekten als Überträger von Pflanzenkrankheiten betrieben. In diesem Zusammenhang haben jüngst eine Reihe von Wissenschaftlern und Einrichtungen, darunter das Max-Planck-Institut in Deutschland, in einem Artikel bei der renommierten Fachzeitschrift Science ein Projekt der Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) scharf kritisiert. Über den Vorfall berichtete am 5. Oktober zum Beispiel der Londoner Guardian unter der Überschrift "US plan to genetically alter crops via insects feared to be biological war plan".

Bei dem hochumstrittenen 45 Millionen Dollar teuren Forschungsvorhaben namens "Insect Allies" werden genetische Veränderungen an den Insekten vorgenommen, damit sich diese später

zum Transport bestimmter Pflanzenkrankheiten, um Feldfrüchte und Ernten verfeindeter Staaten zu vernichten, eignen. Die USA behaupten, das Forschungsprojekt sei rein defensiv, doch allein der Titel "Insektenalliierte" verrät die offensive Absicht - womit ein Verstoß der USA gegen die Bio-Waffenkonvention klar gegeben wäre. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung Rußlands nach Aufklärung der sonderbaren Vorgänge im Nachbarland Georgien mehr als berechtigt.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/milt-928.html>

POLITIK / KOMMENTAR

Klimawandel - auf dem Rücken des Bürgers ...

(SB) - Einmal mehr mahnt der Weltklimarat IPCC "schnelles und weitreichendes Handeln" zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad über vorindustriellem Niveau an. Dabei sind ein Grad Erwärmung bereits erreicht, und das in der erdgeschichtlich kurzen Zeit von 200 Jahren, in denen der CO₂-Gehalt der Atmosphäre von weniger als 280 auf 410 parts per million (ppm) zunahm. Ohne anthropogene Klimabeeinflussung bedarf es zu einer solchen Veränderung im Gasgemisch der Atmosphäre zwischen 5000 und 20.000 Jahren. Das ist nur ein Indikator von vielen, die massive Veränderungen im Weltklima ankündigen. Sogenannte Extremwetterereignisse, die sich schon jetzt häufen, wer-

den ganze Regionen unbewohnbar machen, zu Ernteausschlägen führen und Wanderungsbewegungen initiieren, die das Ausbrechen massenhafter Überlebenskämpfe archaischer Art befürchten lassen.

All das ist bekannt und wird dennoch nach Kräften ignoriert. Die Krisenkonkurrenz der Nationalstaaten wird mithilfe von Wachstumsprognosen und Wettbewerbsfähigkeit, von Schuldendiktaten und Protektionismus, von Autoritarismus und Krieg auf in jeder Hinsicht zerstörerische Weise ausgetragen. Die standortbezogene Industriepolitik hat der prinzipiell kosmopolitischen Klimapolitik noch immer den Rang abgelaufen. Gegenüber den Partikularinteressen der Auto- und Luftfahrtindustrie, der Energie- und Lebensmittelkonzerne, der Einzelhandelsunternehmen und Finanzwirtschaft haben Anliegen von menschengeschichtlicher Bedeutung bestenfalls die Funktion von Feigenblättern, die immer dann vor den nackten Eigentumsanspruch gehalten werden, wenn die Vergewaltigung der Natur und damit anderer Menschen so deutlich hervortritt, daß auch den FreundInnen des gehobenen Konsums der Appetit vergeht.

Kurz gesagt, Appelle des Weltklimarates haben bestenfalls die gegenteilige Wirkung. Wenn eine Instanz globaler Sorge mit Dringlichkeit zum Handeln mahnt, entsteht der Eindruck, es gebe bereits eine Zuständigkeit, daher werde sicherlich auch etwas getan. Wer einen so hohen ideellen wie politisch machtlosen Status wie der IPCC hat, muß zudem darauf bedacht sein, niemandem zu sehr vors Schienbein zu treten. Das

könnte fatale Auswirkungen auf die eigene Existenz haben, wie die notorischen Attacken des US-Präsidenten auf die Vereinten Nationen belegen. Donald Trump ist nur ein Beispiel für eine ganze Riege nationalchauvinistischer Staats- und Regierungschefs, die das staatliche Gesamtprodukt und damit die eigene Machtstellung durch die ungehemmte Inanspruchnahme kostenloser Naturressourcen sichern wollen. Ob dies, wie im Falle des US-Präsidenten, ganz offen wie beim Hochjubeln der Kohle- und Frackingindustrie als Projekt nationalen Reichtums geschieht, oder eher unter dem Mantel angeblicher Sachzwänge wie in der EU, wo Umweltstandards regelmäßig zugunsten von Wettbewerbsvorteilen unterlaufen werden, macht im Ergebnis kaum einen Unterschied.

Das demgegenüber errichtete Szenario eines grünen Kapitalismus, der den Klimawandel durch "marktbasierte Mechanismen" - Verhaltensänderungen beim Verbrauch, unter anderem bedingt durch den Kauf sogenannter Verschmutzungsrechte, die Quantifizierung von Natur als Ökosystemleistungen, technologische Innovationen zur Effizienzsteigerung - ausmanövrieren will, nimmt den vermeintlichen Sachzwang der Kapitalverwertung in Anspruch. Als gesellschaftliche Produktionsweise sei der Kapitalismus unter allen denkbaren Alternativen immer noch am leistungsfähigsten, heißt es, also soll die notwendige Reduktion von Treibhausgasen und anderen Umweltgiften marktimmanent über den anwachsenden Preis zerstörerischer wie die Verbilligung ökologisch nachhaltiger Praktiken angesteuert werden.

Doch dieses Konzept kann nicht funktionieren. Die externalisierten Kosten sind allein durch technische Effizienzsteigerung nicht einzuholen, und ihre vollständige Einpreisung würde den ohnehin mit Anlageproblemen durch massiv akkumuliertes Kreditgeld belasteten Kapitalismus vollends zum Erliegen bringen. Doch selbst wenn sich ein ökologisch nachhaltiges Preisniveau durch die Verteuerung der Waren um die bislang nicht eingerechnete Nutzung kostenloser Naturleistungen etablieren ließe, würden Milliarden Menschen nicht mehr in der Lage sein, ihre fundamentalen Lebensbedürfnisse zu befriedigen.

Der grüne Kapitalismus krankt an der Lebenslüge, sich nicht einzugestehen, daß die allein am Tauschwert - dem Prinzip, aus Geld mehr Geld zu machen - und nicht am Gebrauchswert - der sozialökologischen Bedürfnisbefriedigung - orientierte Kapitalakkumulation auf eine bezahlbare Nachfrage setzt, die jetzt schon über 800 Millionen Menschen zu Mangelernährung und Hunger verurteilt. Die Anrechnung aller bislang externalisierten Kosten in Produktion und Zirkulation müßte erhebliche Lohnsteigerungen zur Folge haben, um die Menschen weiterhin mit den Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs zu versorgen, um von der Inanspruchnahme renditeträchtiger Investivgüter wie vermietbarem Wohnraum nicht zu sprechen. Dem steht entgegen, daß die durch starken Rationalisierungs- und Flexibilisierungsdruck kostengünstig gemachte Lohnarbeit wie die sklavenerartige Ausbeutung im Globalen Süden ein zentraler Faktor be-

triebswirtschaftlicher Logik und wesentliche Bedingung der Verfügbarkeit erschwinglicher Konsumgüter hierzulande sind.

In dem suggerierten Szenario eines ökologisch nachhaltigen Kapitalismus müßte das Lohnniveau der Arbeit zusätzlich zu den stark ansteigenden Kosten für Ressourcen wie Wasser, Luft, Land, Rohstoffe, Verkehrsinfrastruktur et cetera erheblich höher sein, um den Kauf dementsprechend verteuerter Nahrungsmittel, Kleidungsstücke, Mobilitäts- und Gesundheitsleistungen ermöglichen zu können. Da der Preis der Arbeit den dynamischsten Anteil an den Produktionskosten darstellt, wie die darum geführten Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital belegen, wird er auch und gerade in einer grünen Marktwirtschaft so sehr unter Druck stehen, daß alle Ein-Euro-Shops und Tafeln des Landes nicht ausreichen, um die daraus resultierende Einkommenslücke zu schließen.

Die soziale Frage wird im neoliberalen Kapitalismus ohnehin nach Kräften mit der individuellen Bezeichnung beantwortet, laut der die persönliche Misere durch eigenes Versagen und schuldhaftes Verhalten bedingt sei. Wenn sie zudem unter die Räder ökologischer Zwangsverhältnisse gerät, dann ist leicht ersichtlich, daß der grüne Kapitalismus ein menschenfeindliches, bezogen auf die sich ausweitenden Hungerregionen und Kriegsszenarien tendenziell genozidales Entwicklungsmodell sein wird. Wo der Markt die Verteilungsordnung bestimmt, steht und fällt das Leben des Menschen mit seiner Zahlungsfähigkeit. Wird diese zum Steuerinstrument des ökologischen Krisenmanagements, dann siegt Malthus über Marx, dann gebietet die Quantifizierung des Lebens über die Qualifizierung des Menschen zum solidarischen Handeln im Sinne eines Gattungswesens.

Höchste Zeit also, über einen radikalen Bruch mit den herrschenden Verhältnissen nachzudenken. Wenn die soziale und die ökologische Frage auseinanderdriften, weil die eine nur zu Lasten der anderen und vice versa zu beantworten sei, dann liegt die Zukunft ihrer Konvergenz in der Überwindung der kapitalistischen Eigentumsordnung. Ohne eine Form von Ökosozialismus, in dem die Eigentumsfrage dem Erhalt der Grundlagen des Lebens nachgeordnet und Ressourceneffizienz im kollektiven Sinne angestrebt wird, ist beides nicht unter einen Hut zu bringen. Da dringende Appelle wie der aktuelle Sonderbericht des Weltklimarates zu nichts anderem als angestrengtem Weggucken führen, kann ebensogut um das Unmögliche eines kosmopolitischen Ökosozialismus gekämpft werden.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1160.html>

POLITIK / KOMMENTAR / HERRSCHAFT

Brasilien - Rechtsruck ...

Ich bin für Folter, weißt du das? Mit Wahlen wird sich in diesem Land nichts ändern, überhaupt nichts. Sondern leider nur mit einem Bürgerkrieg.

Jair Bolsonaro (Präsidentschaftskandidat in Brasilien) [1]

(SB) 8. Oktober 2018 - Die Rede ist von der wichtigsten Wahl seit dem Ende der Militärdiktatur in Brasilien 1985 und ihr Ausgang könnte die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas in Verhältnisse stürzen, die fatal an jene der Juntazeit erinnern. Das Land steckt in einer schweren Krise,

die Wirtschaft läuft nur schleppend, zahlreiche Politiker sind in Korruptionsskandale verwickelt und die Gewalt nimmt immer weiter zu. Über 60.000 Menschen wurden im vergangenen Jahr getötet, in den Favelas liefern sich Drogenbanden und Sicherheitskräfte regelmäßig stundenlange

Schießereien. In einem Klima existentieller Verunsicherung, um sich greifender Angst und zum Ausbruch drängender Empörung nimmt die Radikalisierung und Polarisierung der Gesellschaft bis hin zu einer tiefen Spaltung der politischen Lager dramatisch zu.

Profiteur dieser Eskalation, die er selbst nach Kräften anheizt, ist der ultrarechte Fallschirmjäger-Hauptmann der Reserve Jair Bolsonaro, der von den Großunternehmern, Börsenanlegern, konservativen Parteien, Teilen der Justiz und der Massenmedien, dem Militär und nicht zuletzt den höchst einflußreichen evangelikalischen Kirchen unterstützt wird. Wenngleich der 63jährige seit 30 Jahren für neun verschiedene Parteien im Parlament saß, gibt er sich als Anti-System-Kandidat aus, der mit dem Politzirkus nichts zu tun hat: "Ich werde den Saustall Brasília ausmisten!" Er wendet sich nicht über die Presse an die Öffentlichkeit, sondern kommuniziert vorzugsweise in den sozialen Medien, was ihn der Beantwortung aller Fragen nach seiner inhaltlichen Programmatik enthebt. [2]

Als Parlamentarier ist er nie durch Sachpolitik, wohl aber gezielte Hetze vor allem gegen Frauen, Schwarze und Schwule bekanntgeworden. Er verhöhnte die Demokratie und rühmte das Militärregime samt seinen Folterschergeren: "Ich bin für Folter, weißt du das? Mit Wahlen wird sich in diesem Land nichts ändern, überhaupt nichts. Sondern leider nur mit einem Bürgerkrieg." Bei der Amtsenthebung von Präsidentin Dilma Rousseff rief Bolsonaro "Für Oberst Ustra", das war der Offizier, der die linke Politikerin einst foltern ließ. Er fordert eine Schließung der nördlichen Grenze, über die täglich Hunderte Flüchtlinge aus Venezuela kommen, und angesichts der ausufernden Gewalt und Kriminalität eine weitgehende Freigabe von Schusswaffen: "In einem gesetzlosen Land, in dem die Polizei einen

nicht mehr beschützt, muss man das Recht letztlich wohl in die eigenen Hände nehmen!"

Aussichtsreichster Gegenkandidat ist Fernando Haddad von der Arbeiterpartei (PT), ein ehemaliger Bildungsminister und Bürgermeister von São Paulo. Er ersetzt den früheren Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva, der ursprünglich als hoher Favorit bei der Wahl galt, dann aber nach einem international umstrittenen Prozeß inhaftiert wurde und nicht mehr kandidieren durfte. Haddad vertritt den gemäßigten Flügel der PT und hat die meisten Gewerkschaften und sozialen Bewegungen auf seiner Seite, wobei er vor allem im armen Nordosten des Landes mit Zustimmung rechnen konnte. Da Lula bis zuletzt für seine eigene Kandidatur gekämpft hatte, blieb dem wenig bekannten Haddad nur ein Monat Zeit für den Wahlkampf.

Der erste Wahlgang glich einem Siegeszug Bolsonaros, der mit 46,7 Prozent die absolute Mehrheit nur knapp verfehlte und die letzten Vorhersagen weit übertraf. Auf Haddad entfielen 28,37 Prozent, der zwar etwas besser als erwartet abschnitt, dessen Rückstand auf Bolsonaro sich aber gegenüber der Prognose nahezu verdoppelte. Bei der Stichwahl am 28. Oktober werden viele Stimmen zusammenfließen, um Bolsonaro gemeinsam zu verhindern. Da der linke Kandidat Ciro Gomes jedoch nur auf enttäuschende 12,5 Prozent kam und die zweimalige Präsidentschaftskandidatin Marina Silva mit nur einem Prozent in der Bedeutungslosigkeit verschwand, reicht das rechnerisch noch nicht, zumal der Favorit nur wenige Prozentpunk-

te zulegen muß, um das Rennen zu machen.

Daß die vordem populäre Umweltpolitikerin Marina Silva, die bei den Wahlgängen 2010 und 2014 noch rund 20 Millionen Stimmen bekommen hatte, derart abgestürzt ist, zeugt von einem dramatischen Schwund ökologischer Fragen und Kämpfe in der öffentlichen Wahrnehmung. Für Dilma Rousseff dürfte mit diesen Wahlen sogar die politische Karriere beendet sein, da sie im Bundesstaat Minas Gerais als viertplazierte Kandidatin mit knapp 15 Prozent der Stimmen den Einzug ins Parlament verfehlte. Dagegen konnte Janaína Paschoal, eine der Urheberinnen des Amtsenthebungsverfahrens gegen Rousseff, einen strahlenden Sieg in São Paulo einfahren: Niemals zuvor hat eine Abgeordnete mehr Stimmen bekommen. Der kalte Putsch gegen Rousseff und die Arbeiterpartei, dem die Verurteilung und Inhaftierung Lulas folgte, scheint im Bewußtsein der Mehrheitsgesellschaft als gerechtfertigt wahrgenommen zu werden. [3]

Bei der Abstimmung am Sonntag ging es nicht nur um das Präsidentenamt. Mehr als 145 Millionen Menschen waren aufgerufen, die 531 Mitglieder des Abgeordnetenhauses in Brasília und zwei Drittel des Oberhauses neu zu bestimmen. Zur Wahl standen auch die Gouverneure der 27 Bundesstaaten und des Hauptstadtstrikts sowie deren Parlamente. Das politische System Brasiliens ist ein Hybrid aus einem Präsidentialismus nach US-Vorbild und dem Parlamentarismus europäischen Modells. Der Präsident muß vor jeder wichtigen Abstimmung im Kongreß die Regie-

rungsmehrheit neu verhandeln, es gibt weder Fraktionszwang noch eine Fünfprozenthürde. Das führt dazu, daß zuletzt 27 Parteien im Kongreß saßen und sich die Regierung ihre Unterstützung oftmals erkaufen muß, so daß Korruption gewissermaßen integraler Bestandteil des Politikbetriebs ist. [4]

Die Programme der Parteien sind bis auf wenige Ausnahmen leere Hüllen. Sie fungieren als Vehikel elitärer Politunternehmer, die oftmals mit ihrem ganzen Clan im Geschäft sind. Die kostspieligen Wahlkämpfe sind dementsprechend personalisiert, und wer viel Geld mitbringt, kann seine Kampagne ausgiebiger finanzieren. Wenn gleich die Parteien auch Gelder aus öffentlichen Fonds erhalten, ziehen doch im Parlament Lobbys wie die der Großagrarien und der Evangelikalen die Fäden, wobei letztere dabei sind, ihren Einfluß beträchtlich auszuweiten. Zudem ist davon auszugehen, daß landesweit operierende Kartelle des organisierten Verbrechens vielerorts Einfluß auf die Wahl nehmen. [5]

Der Aufstieg Bolsonaros verdankt sich nicht zuletzt einem weit verbreiteten und teils ins Irrationale gesteigerten Haß gegen die langjährige Regierungspartei PT. Nun schlug die Stunde des Hinterbänklers, der mit hemmungslosen Bezeichnungen und Falschmeldungen in den sozialen Netzwerken eine professionelle Kampagne lostrat und den Messerangriff von Anfang September populistisch ausschaltete. Eigentlich stand ihm kaum Sendezeit für Wahls pots in Radio und Fernsehen zu, doch seit dem Attentat berichteten die Nachrichtensender fast rund um die Uhr über Bolsonaro. Um seine Anhänger aufzuheizen,

reichte ein Foto aus der Intensivstation auf Twitter, wobei er stets seine Lieblingsgeste zeigte: Daumen und Zeigefinger abgespreizt zu einer imaginären Schußwaffe. Die Frage, wie Bolsonaro nach der letzten Umfrage noch einmal um fast zehn Prozentpunkte zulegen konnte, führt zu den beiden brasilianischen Fußballstars Ronaldinho und Rivaldo, die ihre Millionen Anhänger am Sonntagmorgen zur Wahl Bolsonaros aufgerufen hatten. [6]

Es waren vor allem Wähler aus dem gemäßigten bürgerlichen Lager, die im letzten Moment zu Bolsonaro schwenkten und ihm fast zu einem Sieg im ersten Wahlgang verhalfen. So verfestigt sich der Eindruck, daß es in Brasilien derzeit eine rechtsextreme Mehrheit gibt. In der Wirtschaftskrise und den unablässigen Korruptionsskandalen der zurückliegenden Jahre hat das Vertrauen in die demokratischen Institutionen schwer gelitten, setzen immer mehr Menschen ihre Hoffnungen in einen Machthaber, der mit eisernem Besen durch die Gesellschaft zu fegen verspricht. Reale Gewalt mittels omnipotenter Gewaltphantasien in noch schärfere Repression zu verwandeln ist das Metier einer radikalen Rechten, die im Dienst der besitzenden und herrschenden Klasse auf den starken Staat, die Niederwerfung der Linken und nicht zuletzt rassistische wie auch patriarchale Unterdrückung setzt.

Der große Bogen des Konters gegen die Linke in Lateinamerika, durchgetragen von Washington und den nationalen Eliten, findet seine Entsprechung in der sozialen Keimzelle des wiedererstarkenden Machismo, ohne den die

extreme Rechte keine Massenbasis gewönne. Verbale Schläge gegen hochstilisierte Haßobjekte reichen zur Mobilisierung auf die Dauer nicht aus, wenn es auf der Straße und im häuslichen Umfeld nichts zu prügeln gäbe. Während Jair Bolsonaro von Folter und Waffenbesitz schwärmt, feierten Anhänger vor seinem Anwesen in Rio de Janeiro in den Landesfarben, sangen die Nationalhymne und vollführten einen militärischen Drill samt Liegestützen auf dem blanken Asphalt. Die Botschaft ist angekommen. Der rechte Tsunami rollt durch Brasilien und droht am 28. Oktober vollendete Tatsachen zu schaffen.

Anmerkungen:

[1] www.tagesschau.de/ausland/bolsonaro-portraet-101.html

[2] www.tagesspiegel.de/politik/praesidentschaftswahl-rechtspopulist-bolsonaro-gewinnt-erster-wahlrunde-in-brasilien/23158794.html

[3] www.welt.de/politik/ausland/article181798078/Praesidentschaftswahlen-Brasilien-erlebt-den-Beginn-einer-rechten-Revolution.html

[4] www.spiegel.de/politik/ausland/brasilien-jair-bolsonaro-liegt-laut-hochrechnungen-vor-fernando-haddad-a-1232033.html

[5] amerika21.de/2018/10/214509/brasilien-extreme-rechte-bolsonaro-wahl

[6] www.sueddeutsche.de/politik/brasilien-wahl-bolsonaro-haddad-1.4160749

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1797.html>

POLITIK / SOZIALES / FRAUEN

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Historische Großdemonstration der Frauen gegen Faschismus in Brasilien

von Pressenza IPA - Brasilien, 6. Oktober 2018



#EleNão! (Er nicht!)

Bild: Mídia Ninja, Cobertura Mulheres Contra Bolsonaro #EleNão [(CC BY-NC-SA 2.0) <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-sa/2.0/>]

Am 29. September fanden in fast zweihundert brasilianischen Städten Mobilisierungen gegen den rechtsextremen Kandidaten Jair Bolsonaro statt. Der Slogan der Aktionen und Märsche, die von Frauen organisiert und durchgeführt wurden, war einstimmig: #EleNão! (Er nicht!)

In jeder Ecke Brasiliens, in den Metropolen aber auch in kleineren Städten und sogar in weit entfernten ländlichen Gegenden haben Hunderttausende von Menschen entschieden gegen die rassistische, frauenfeindliche, homophobe und volksfeindliche Agenda des stellvertretenden und ehemaligen Armeekapitäns demonstriert.

Laut und deutlich war die entschiedene Ablehnung von Hassreden und Militarisierung des Landes zu hören. Gleichzeitig

haben die enormen Massen an Demonstranten ihre Verurteilung eines Wirtschaftsprogramms zum Ausdruck gebracht, das die durch den Staatsstreich sich bereits abzeichnende Richtung konsolidieren würde: Blockierung von Investitionen in Gesundheit, Bildung und Sozialhilfe, Wiederauflage der neoliberalen Politik und eine Reform zur Einschränkung der Rentenansprüche.

Im Bewusstsein dieser drohenden Gefahr hat sich die Gesellschaft im Zeichen einer weiblichen Sen-

sibilität mobilisiert, wohl wissend, dass ein Triumph des Faschismus das Ende der Demokratie im Land und die Rückkehr zu einer Zeit der Gewalt und Militärdiktatur bedeuten würde. Nur acht Tage vor der anstehenden historischen Wahl scheint die friedliche und ausgesprochen gewaltfreie Mobilisierung einen entscheidenden Einfluss auf das Ergebnis der ersten Runde zu haben, was die Möglichkeit eines Sieges des Fundamentalismus schwächen und den Weg für die Aussicht auf eine Rückkehr der demokratischen Kräfte in die Regierung ebnen könnte.

Das Manifest der Gruppe "Frauen vereint gegen Bolsonaro" und die Bilder sprechen für sich.

"Manifest der vereinten Frauen gegen Bolsonaro"

Wer sind wir?

Wir sind Frauen, wir sind Millionen und wir sind vielfältig. Wir sind Brasilianer und Einwanderer. Jung und mit grauen Haaren. Schwarz, weiß, indigen. Trans und Transvestiten. Wir sind LGBT, wir lieben Männer, wir lieben Frauen oder beide. Verheiratet und ledig. Mütter, Töchter, Großmütter. Wir sind ArbeiterInnen, Hausfrauen, StudentInnen, KünstlerInnen, BeamtInnen, KleinunternehmerInnen, StraßenverkäuferInnen, Obdachlose, ohne Land. ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose. Frauen verschiedener Religionen und ohne Religion.

Heute sind wir mit erhobenem Haupt zusammen auf den Straßen ganz Brasiliens, denn ein Kandi-

dat für die Präsidentschaft des Landes bedroht unsere Errungenschaften und unser ohnehin schon schwieriges Dasein mit einer Rhetorik, die auf Hass, Intoleranz, Autoritarismus und Rückständigkeit basiert. Wir sind auf den Straßen, weil sein politisch-ökonomisches Programm ein Rückschlag, eine noch schlimmere Wiederauflage der schrecklichen Politik von Temer ist.

Wer ist Jair Bolsonaro?

Jair Bolsonaro, derzeit Mitglied der PSL (sozial-liberale Partei), seit 27 Jahren Bundesabgeordneter, war Mitglied in neun Parteien. Im Laufe seines gesamten politischen Lebens wurden nur zwei seiner Gesetzesentwürfe angenommen. Er präsentiert sich als etwas "Neues", aber in Wirklichkeit ist er nur ein weiterer "Karierepolitiker", der danach trachtet, seine Kinder gewählt zu sehen, und der unmoralische Privilegien wie Wohnbauförderung genießt, während Tausende von Familien kein Zuhause haben und um einen angemessenen Lebensraum kämpfen.

Warum sind wir gegen Bolsonaro?

1. Jair Bolsonaro verachtet Schwarze, Indigene, Homosexuelle und alle, die für die Rechte der Frauen kämpfen. Er betrachtet die Quilombolas (Nachkommen der entflohenen Sklaven) als "Vagabunden". Er unterstützt eine Kultur der Vergewaltigung und bezeichnet die Geburt seiner einzigen Tochter als "Schwäche". Er ist überzeugt davon, dass es nichts gegen das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen zu tun gibt. Für ihn verhindert das

Verprügeln von Kindern, dass sie schwul werden. Sein Stellvertreter, General Mourão, sagte, dass Familien, die von Müttern und Großmüttern aufgezogen werden, Außenseiter produzieren.

2. Er stimmte dafür, die Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Soziales für die nächsten 20 Jahre einzufrieren. Er verspricht, die Steuern für die Armen zu erhöhen und die für die Reichen zu senken. Er hat bereits eine Welle von Privatisierungen angekündigt, die den Verkauf von staatlichen Unternehmen und des gesamten Vermögens des brasilianischen Volkes vorsieht. Er ist einer der Macher des Gesetzes, wonach der SUS (öffentliche Gesundheitsversorgung) nicht dazu verpflichtet ist, Frauen zu helfen, die Opfer von sexuellem Missbrauch geworden sind. Er unterstützt das Projekt "Schule ohne Partei", das der pädagogischen Freiheit und der Entwicklung des kritischen Denkens gegenüber der chaotischen Gesellschaft, in der wir leben, ein Ende setzen will.

3. Er stimmte für die Arbeitsreform und das Outsourcing-Gesetz, das schwangeren Frauen Arbeit unter ungesunden Bedingungen ermöglicht und das Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere für schwarze Frauen, fördert. Er hat bereits gesagt, dass "Arbeitnehmer zwischen Rechten und Arbeit wählen müssen". Er war der einzige Abgeordnete, der gegen den Vorschlag zur Verfassungsänderung des Arbeitsrechts für Hausangestellte stimmte, die den ArbeitnehmerInnen Grundrechte wie Überstundenlöhne und die Eintreibung des FGTS (Fundo de Garantia do

Tempo de Serviço) garantiert hätte. Er hat bereits erklärt, die Rentenreform billigen zu wollen, die sowohl das Rentenalter als auch die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen erhöht.

4. Er verteidigt das Vorantreiben eines gescheiterten Sicherheitsprojekts, das auf Gewalt mit noch mehr Gewalt und Militarisierung reagiert. Dieses Projekt wird seit vielen Jahren in Brasilien durchgeführt, insbesondere in Rio de Janeiro, der Stadt, in der die meisten Zivilisten und Polizisten bei Zusammenstößen ums Leben kommen, und in der Marielle Franco und Anderson vor mehr als sechs Monaten hingerichtet wurden, ein noch unaufgearbeitetes Verbrechen. Er verteidigt die Liberalisierung des Waffengesetzes nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten, dem Land mit der höchsten Rate an Morden und Selbstmorden, insbesondere unter jungen Menschen.

5. Sein Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten ist ein General, der die Machtergreifung durch die Streitkräfte und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung ohne Beteiligung der Bevölkerung verteidigt. Das ist eine Formel, die die Demokratie offen in Gefahr bringt!

Jair Bolsonaro ist ein Verteidiger der Militärdiktatur, der sagt, dass der Fehler des Militärs damals darin bestand, zu foltern anstatt zu töten, und der seine Bewunderung für den berühmtesten aller Folterer des Militärregimes von 1964, General Ustra, nicht verheimlicht.

Wir wollen keine Diktatur, keinen Faschismus oder die Ausweitung

des polizeilich-militärischen Massakers auf den Straßen, das für den Völkermord an der schwarzen Jugend verantwortlich ist. Wir wollen Freiheit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit und Rechte! Bolsonaro ist all das, was Brasilien nicht braucht, um die Krise zu überwinden und voranzukommen.

Wir als unterschiedliche und doch geeinte Frauen verteidigen das Gegenteil von dem, was er sagt: Wir verteidigen die Achtung der Unterschiede und der Vielfalt; das Recht der Frauen, in Sicherheit zu leben und über ihren eigenen Körper selbst zu entscheiden; wir verteidigen die gleiche und gerechte Bezahlung für Männer und Frauen, für Schwarze und Weiße; wir verteidigen Quoten für diejenigen, die in der Vergangenheit Unrecht erleiden mussten und bestraft wurden; wir verteidigen qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen für finanziell schwache Frauen und ihre Kinder.

Wir verteidigen die größtmögliche Freiheit zu lehren und zu lernen, ohne ein Knebelgesetz, sowohl in den Schulen als auch an den Universitäten.

Wir unterstützen die Freiheit zu lieben und dafür respektiert zu werden. Wir verteidigen die Debatte über freie Ideen und Demokratie.

Bolsonaro verkündet Hass, wir verkünden Respekt. Er verteidigt Tod und Folter, wir verteidigen das Leben.

Deshalb sagen wir: "Weder er noch seine Kinder! Niemals Bolsonaro! Nein zum Faschismus!"

Übersetzung aus dem Italienischen von Evelyn Rottengatter

Videolinks zu Demonstrationen in verschiedenen Städten:

São Paulo, Largo da Batata:
<https://www.facebook.com/MidiaNINJA/videos/2096939070556392/>

Rio de Janeiro, Cinelândia:
<https://www.facebook.com/MidiaNINJA/videos/243897226292812/>

Belo Horizonte:
<https://www.facebook.com/MidiaNINJA/videos/1992306360834324/>

Brasilia:
<https://www.facebook.com/MidiaNINJA/videos/182323266001374/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psfra750.html>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Paraguay verhängt Ausnahmezustand in Gefängnissen



Der Stadtteil Tacumbú in der paraguayischen Hauptstadt Asunción ist durch sein Gefängnis bekannt

Foto: Ekem/Wikipedia (CC BY-SA 3.0) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>

(Montevideo, 1. Oktober 2018, la diaria) - Die Anzahl der Häftlinge in den Gefängnissen Paraguays übersteigt bei weitem die Aufnahmekapazität des Strafvollzugssystems. In 18 Jahren hat sich die Menge der inhaftierten Personen verfünffacht. Statt 9.000 Menschen sind in Gefängnisssystem nun 14.000 Personen untergebracht - laut von der Tageszeitung Ultima Hora und der Nachrichtenagentur Efe veröffentlichten Zahlen. Die Situation ist in einigen Gefängnissen schlimmer als in anderen, wie

zum Beispiel im Gefängnis von Tacumbú, in dem sich doppelt so viele Häftlinge befinden, wie eigentlich aufgenommen werden können. Erschwerend kommt hinzu, dass die Mehrzahl der inhaftierten Personen - 78 Prozent - noch nicht einmal verurteilt ist.

Angesichts dieser Zahlen hat die Regierung Paraguays entschieden, den Ausnahmezustand für das Strafvollzugssystem zu verhängen. Während der zwölf Monate, die diese Regelung gültig ist, hat sich die Regierung von Staatspräsident Mario Abdo Benítez vorgenommen, fünf neue Gefängnisse zu bauen, die neben den 16 bereits bestehenden in Betrieb genommen werden. Außerdem sollen an den bestehenden Gebäuden Verbesserungen vorgenommen werden, informierte

das Justizministerium. Das Dekret erlaubt es dem Ministerium, das Vergabeverfahren für diese Arbeiten zu beschleunigen. Dem Finanzministerium rät man, die Gefängnisse mit Priorität zu betrachten und die entsprechenden Mittel zu überweisen, um in dieser Situation handlungsfähig zu sein.

Neue Gefängnisse statt Strafrechtsreform

In dem Dekret ist zu lesen, dass "die bestehende Überbelegung dazu führt, dass die Insassen nicht über ein Mindestmaß an Räumlichkeiten verfügen und die hygienischen Bedingungen unangemessen sind". Es sei "unabdingbar, eine wirksame und effiziente Antwort auf die Situation zu geben, durch die die Infrastruktur in den Strafanstalten verbessert wird, indem bestehende Gebäude repariert und neue gebaut werden". In dem Text gibt die Regierung zu, dass die aktuelle Situation "ein erhebliches Risiko für das Betreiben des Nationalen Strafvollzugssystems birgt".

Senator Gilberto Tony Apuril, Präsident der Kommission für Menschenrechte im Senat, kündigte seinerseits an, er habe vom "Nationalen Mechanismus zur Folterprävention" einen Bericht über die Haftbedingungen in den Gefängnissen erhalten und werde die Situation gründlich studieren.

Der Vorsitzende dieses Gremiums, Dante Leguizamón, sagte der Nachrichtenagentur Efe, man müsse besonders den "Missbrauch der Untersuchungshaft" im Land untersuchen.

Obwohl man in der Notwendigkeit, die Situation in den Gefängnissen zu ändern, übereinstimmt, ist dies nicht die erste Ausrufung eines Notstandes, die verhängt wird, um eine Veränderung herbeizuführen. Die Tageszeitung ABC Color erinnert daran, dass Ex-Präsident Horacio Cartés bereits 2016 ein ähnliches Dekret verabschiedete. Dieses konnte die aktuelle Krise jedoch nicht verhindern.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/paraguay-verhaengt-ausnahmestand-in-gefaengnissen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/fakten/rfi00243.html>

RECHT / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Peru

Fujimori soll wieder in Haft kommen

von Annalisa Neher und Harald Neuber

(Lima, 6. Oktober 2018, *amerika21*) - Der Ex-Diktator von Peru, Alberto Fujimori (1990-2000), wird nach einer umstrittenen Begnadigung Ende 2017 wieder ins Gefängnis müssen. Der Oberste Gerichtshof des Landes hat die Haftentlassung des inzwischen 80-jährigen für verfassungswidrig erklärt. Zugleich ordneten die Richter die sofortige Verhaftung an. Fujimori war Ende 2017 vom damaligen Präsidenten Pedro Pablo Kuczynski "aus humanitären Gründen" begnadigt worden. Jurist*innen, Menschenrechtsorganisationen und die Vereinten Nationen (UN) bezeichneten die Entscheidung damals als illegal. Fujimoris Anwälte wollen Rechtsmittel gegen das jüngste Urteil einlegen.

Im Zuge der juristischen Prüfung der Begnadigung war in den vergangenen Wochen die Debatte über den Fall neu entbrannt. In einem Zeitungsinterview verteidigte Ex-Präsident Kuczynski (2016-2018) seine Entscheidung vom Dezember vergangenen Jahres. Er habe nichts zu bereuen, sagte der konservative Politiker, der die vom ihm verfügte Haftentlassung Fujimoris - trotz des folgenden Rücktritts - als verfassungsgemäß bezeichnete.

Kuczynski musste das Präsidentenamt unter massivem öffentli-

chen Druck im März dieses Jahres niederlegen. Kritiker*innen im In- und Ausland warfen ihm vor, den ehemaligen Diktator im Dezember 2017 begnadigt zu haben, um sich die Unterstützung seiner Anhänger*innen zu sichern und so im Amt zu bleiben. Auch UN-Stellen haben die Entscheidung heftig kritisiert.

"Ich bereue es nicht, (Alberto) Fujimori begnadigt zu haben", sagte Kuczynski nun. Vielleicht hätte er auf den Besuch des Papstes warten sollen, er habe dessen Visite aber auch nicht unnötig politisieren wollen, fügte er an. Der konservative Politiker berief sich weiterhin auf Artikel 118 der Verfassung, der ihm als Staatschef das Recht auf Begnadigungen gebe. Jurist*innen weisen diese Darstellung zurück, weil Fujimoris schwere Menschenrechtsverbrechen nicht begnadigungsfähig seien.

Begnadigung als politischer Schachzug

Auch der fraktionslose Abgeordnete Alberto de Belaunde wies Kuczynskis Darstellung nun zurück, der zufolge seine Entscheidung nicht Teil eines politischen Deals gewesen sei. "In der Politik gibt es selten Zufälle", sagte Be-

launde, und in diesem Fall sei der Zusammenhang zwischen der Begnadigung und dem Abstimmungsverhalten des Fujimori-Lagers offensichtlich gewesen. Kuczynski sage "nicht die Wahrheit", so Belaunde weiter.

Die Verteidiger*innen der Opfer der Fujimori-Diktatur hatten unlängst in einem öffentlichen Plädoyer die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Begnadigung Fujimoris aus humanitären Gründen vom 24. Dezember 2017 gefordert. In der Anhörung trugen Vertreter*innen der Opfer und die Verteidigung Fujimoris ihre Argumente vor. Dies ist eine juristische Maßnahme, um nationale Gesetze auf Übereinstimmung mit den Prinzipien der Amerikanischen Menschenrechtskonvention und des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte hin zu überprüfen. Der zuständige Richter Hugo Núñez Julca

kündigte an, innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von 14 Tagen über die Wiederaufnahme des Verfahrens zu entscheiden.

Die Rechtsanwältin der Angehörigen der Opfer der Massaker von La Cantuta und Barrios Altos und Vertreterin der peruanischen Menschenrechtsorganisation Aprodeh, Gloria Cano, bezeichnete die Begnadigung als einen "klaren Rückschritt" für die peruanische Justiz und als "politisches Abkommen", um den Ex-Staatschef Pedro Pablo Kuczynski im Amt zu halten. Dieser habe Fujimoris Entlassung wenige Tage vor einem gegen ihn angesetzten Misstrauensvotum bekannt gegeben, um sich die Stimmen des Fujimori-Lagers im Kongress zu sichern. "Die Begnadigung aus humanitären Gründen war ein rein politischer Schachzug", so die Beurteilung Riveras.

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poonal/fujimori-soll-wieder-in-haft/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/fakten/rfi00244.html>



MEDIZIN / GESUNDHEITSWESEN / AUSLAND

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Argentinien

Die Gesundheitsversorgung krank!

(Buenos Aires, 4. Oktober 2018, *la vaca*) - Tausende Beschäftigte im Gesundheitssektor, Patient*innen und Arbeiter*innen haben eine weitere Großdemonstration organisiert. Es geht um die Auswirkungen der Anpassungsprogramme im ganzen Land, die Entlas-

sungen des Krankenhauspersonals, die psychische Gesundheit in den Vorstädten. Notizen und Stimmen einer Krise im Endstadium:

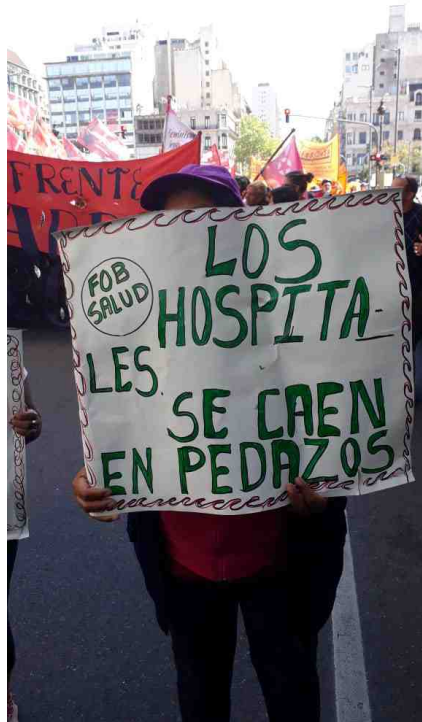
Nora Cortiñas, Großmutter der Plaza de Mayo, erhebt ihre Faust und die Menge umarmt sie mit ihrem Applaus. Sie steht an der

Nora Cortiñas auf der Demo

Spitze der Demonstration, die am ehemaligen Ministerium für Gesundheit startet. Das Ministerium gibt es nicht mehr, jetzt gibt es nur noch das Gesundheitsamt. Nora ist umringt von Angestellten der Krankenhäuser Posadas und El Cruce de Florencio Varela, von Beschäftigten der Gesundheitszentren in Buenos Aires, die nach dem Willen der Stadtregierung geschlossen werden sollen. Die Demo erstreckt sich auf acht Häuserblöcke und besteht aus verschiedenen sozialen Bewegungen. Eine Frau von der Föderation der Basisorganisationen FOB (Federación de Organizaciones de Base) trägt ein Schild mit der Aufschrift: "Die Krankenhäuser fallen auseinander - und das ist keine Metapher." Eine andere Person hat sich ein Schild umgehängt auf dem steht: "Das Schweigen ist keine Gesundheitsversorgung. Sie bringen uns nicht zum Schweigen." Mit Rufen, Lärm und Wut versuchen die Demonstrierenden das Desaster im Gesundheitssektor irgendwie aufzuhalten.

Keine Sprechstunde, keine Medikamente

Karina Almirón, einer der Entlassenen des Krankenhauses Posadas, war 15 Jahre in der pathologischen Anatomie angestellt, mit Spezialisierung auf Immunhistologie. Sie sagt zu la vaca: "Ich bin eine von 1300, die vor über zwei Jahren entlassen wurden (...) Sie leeren das Krankenhaus, sie schließen Spezialabteilungen für Erwachsene und Kinder und halten nur die externen Praxen aufrecht. Den Patient*innen wird die Behandlung verweigert, auch die Gabe von Medikamenten. (...)."



Die Krankenhäuser fallen auseinander

Foto: la vaca

Corina Fornacieri, Psychologin im Krankenhaus Mi Pueblo de Florencio Varela sagt: "Die Situation hier ist genau so, wie im Rest der Provinz Buenos Aires. Die Krankenhäuser sind völlig unterbesetzt und es fehlt vorne und hinten an Mitteln. In der Notfallambulanz gibt es weder Ärztinnen oder Ärzte noch Krankenpfleger*innen, da ist eine kritische Situation." Und sie fügt hinzu: "Zur Sprechstunde kommen viele Menschen, die ihre Arbeit verloren haben und keine Krankenversicherung haben. Die Auswirkungen der Krise sieht man hier sehr deutlich, auch auf die psychische Gesundheit. Wir haben es hier mit vielen Suizidversuchen zu tun und das ist alarmierend, denn wir sehen es auch im pädiatrischen Bereich. Kinder von zehn oder zwölf Jahren kommen zu uns mit einer Überdosis Medikamenten, mit Selbstverlet-

zungen, mit Erhängungen. Das ist sehr besorgniserregend. Die Familie kann das nicht mehr auffangen. Die Gesellschaft ist schutzlos, die Institutionen bieten keinen Schutz, das ist deutlich spürbar."

Die Gesundheit des IWF

Florencia Braga, Mitglied der Föderation Seltene Krankheiten Fadedop (Federación Argentina de Enfermedades Poco Frecuentes) gibt an: "Mein Sohn hat eine Krankheit namens Stargardt. Eine von 10.000 Personen erkrankt daran und man kümmert sich nicht um sie. Ich bin Vorsitzende der Patient*innen der Stiftung Investigar (Untersuchen), die sich mit der Erforschung von Krankheiten und neuen Therapien beschäftigt. Es gibt das Gesetz 26.689, das sich auf seltene Krankheiten bezieht. Wir haben darauf gehofft, dass mehr Mittel bewilligt werden, um diese Krankheitsbilder zu erforschen, aber nein. Wir sind das letzte Glied in der Kette. Viele dieser Krankheiten sind tödlich und sie bekommen keine Aufmerksamkeit. Wir brauchen ein starkes Gesundheitsministerium und nicht nur ein Gesundheitsamt. Argentinien hat eine exzellente Geschichte der Gesundheit geschrieben, mit Nobelpreisen. Heute sterben die Leute. Und heutzutage haben wir auch kein Ministerium mehr für Wissenschaft und Technologie. Es kann nicht angehen, dass der Internationale Währungsfond (IWF) über die Gesundheitspolitik des Landes entscheidet. Wir müssen uns verteidigen, wir Patient*innen haben auch eine Stimme und wir wollen, dass wir gehört wer-

den. Stell dir nur vor, was passiert, wenn kein Geld mehr für Impfungen bereitgestellt wird, es ist eine

"Gemeinde-Ärzt*innen", das seit neun Monaten kein Geld mehr vom Ex-Gesundheits-Ministeri-

können uns jetzt nicht verstecken. Am allerwenigsten in diesem Kontext."



Schande was mit Krankheiten geschehen wird, die als quasi ausgestorben gelten. In Argentinien sind wir mehr als drei Millionen Familien. Und wir geraten immer mehr in Vergessenheit."

Sich nicht verstecken

Adriana Palacios ist Leiterin des kommunalen Gesundheitsamtes von Moreno (einem Vorort von Buenos Aires, Anm.d.Ü.) und sie sagt zu la vaca: "Die Situation spitzt sich immer weiter zu und wird immer bedrückender, weil die Mittel für Gesundheit gekürzt werden. Das führt dazu, dass es für immer mehr Familien immer schwieriger wird, eine zuvor kostenlose Gesundheitsversorgung in Anspruch zu nehmen. (...) Die Sexualerziehung in der Schule umzusetzen kostet viel, es werden auch keine Kondome mehr geliefert. Wir haben das Programm

um, heute Gesundheitsamt, erhält, um die Ärzt*innen zu bezahlen. Es gibt keine Mittel mehr und viele werden schlicht nicht bezahlt. Sie lassen Gesundheitsprogramme auslaufen, und wenn das passiert - vor allem in Krisenzeiten - tauchen immer mehr Krankheiten auf. Im Jahr 2015 hatten wir 15 Tuberkulose-Fälle, heute behandeln wir 570. Im gesamten letzten Jahr hatten wir keine Medikamente. Erst in diesem Jahr konnten wir etwas erreichen. Viele gehen ins Krankenhaus Posadas, aber sie kommen zurück nach Moreno, weil es dort immer weniger Beschäftigte gibt." Und sie schließt mit folgenden Worten: "Und Moreno ist ein stark gebeutelter Bezirk. Die Gasexplosion in der Schule 49, die Entführung der Lehrerin Corina ... Jeden Morgen wache ich auf und frage mich: Und was jetzt? Wir sind sehr gestraft, aber es gibt hier viele Leute und viel Organisation. Wir

Moreno verteidigt den öffentlichen Gesundheitssektor

Foto: la vaca

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/poanal/argentinien-die-gesundheitsversorgung-krankt/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poanal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poanal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/medizin/gesund/m3al2506.html>

SPORT / BOXEN / MELDUNG

Schwergewicht - von der Dampfwalze überrollt ...

Jarrell Miller macht mit Tomasz Adamek kurzen Prozeß

(SB) 8. Oktober 2018 - Der US-amerikanische Schwergewichtler Jarrell Miller hat seine Weste sauber und die Tür zu einem Kampf um die Weltmeisterschaft gegen Anthony Joshua offengehalten. Bei einem vom Streamingdienst DAZN übertragenen Auftritt in der Wintrust Arena in Chicago setzte sich der 30jährige Favorit bereits in der zweiten Runde gegen den elf Jahre älteren Außenseiter durch. Während Miller damit seine Bilanz auf 22 Siege und ein Unentschieden ausbauen konnte, stehen für den in New York lebenden Polen, der früher Weltmeister im Halbschwer- und Cruisergewicht war, nunmehr 53 gewonnene und sechs verlorene Auftritte zu Buche.

Wie ungleich der Kampf von vornherein war, zeigten schon die höchst unterschiedlichen körperlichen Voraussetzungen. Vom beträchtlichen Altersunterschied ganz abgesehen wirkte der US-Amerikaner mit einer Größe von 1,93 m und einem Gewicht von 143 kg wie ein Riese gegenüber dem 1,87 m messenden und 102 kg wiegenden Polen. Miller walzte denn auch gleich in der ersten Runde auf den Gegner zu und bearbeitete ihn mit wuchtigen Schlägen zu Kopf und Körper, so daß er ihn sogleich zum Rückzug zwang. Adamek landete zwar einige Körpertreffer, die den US-Amerikaner jedoch überhaupt nicht

beeindruckten, da er aufgrund seiner überaus massiven Statur nichts zu befürchten hatte. Dem Polen fehlte es zudem an Mobilität, die dringend erforderlich gewesen wäre, um sich von dieser Angriffswucht fernzuhalten. Angesichts seiner physischen Unterlegenheit war es verhängnisvoll, von Anfang an stehen-zubleiben und sich dem Massaker zu überantworten.

Als Adamek bereits am Ende der ersten Runde wie ein Schlachtopfer wirkte, war klar, daß er mit dieser Kampfesweise geradewegs in den Untergang steuerte. Warum er nicht das Weite suchte war sicher auch darauf zurückzuführen, daß er schon in jüngeren Jahren nie zu den besonders beweglichen Boxern gehört hatte, die einen Gegner auf schnellen Füßen ausmanövrieren können. Er war stets ein Kämpfer, der den Schlagabtausch sucht, rasch Verletzungen davonträgt und sehr viel einstecken muß. Im Alter von 41 Jahren ist der Pole weniger denn je in der Lage, sich einem Kontrahenten wie Miller zu entziehen, selbst wenn er es wollte.

Als Adamek in der zweiten Runde einen weiteren wichtigen Wirkungstreffer abbekommen hatte, zog er sich in die Seile zurück und brachte sich damit in eine hilflose Situation, aus der er nicht mehr entkommen konnte. Miller nahm in aller Ruhe Maß,

versetzte ihm zuerst eine Linke und dann weitere Schläge mit der Rechten, bis der Pole auf ein Knie niedersank und es vorzog, sich vom Ringrichter auszählen zu lassen. Als er wieder auf die Beine kam, war der Kampf bereits beendet. Tomasz Adamek hatte nach einer vorzeitigen Niederlage gegen Eric Molina im April 2016 drei Auftritte gewonnen, war aber gegen Miller in jeder Hinsicht überfordert.

Ihm sei es darum gegangen, Spaß zu haben, so Jarrell Miller nach diesem leichten Gang. Die Politik raube dem Boxen jeglichen Spaß. Er hoffe jedenfalls, das Publikum gut unterhalten zu haben, und warte nun auf die Chance, Anthony Joshua vor die Fäuste zu bekommen. Eddie Hearn halte seine schützende Hand über ihn, doch da der britische Promoter ein Mann sei, der zu seinem Wort stehe, sei er zuversichtlich, daß dieser Kampf kommen werde, übt sich der US-Amerikaner in Geduld und Zuversicht. [1]

Wohl trifft es zu, daß ihn Hearn, der auch sein Promoter ist, mehrfach ins Gespräch gebracht und zeitweise sogar als ersten Anwärter für einen Kampf gegen Joshua im Frühjahr bezeichnet hat. Doch das ist unverbindlich und Schnee von gestern, da Eddie Hearn seine Pläne laufend neu konfiguriert. Fest steht lediglich, daß der Weltmeister der

Verbände WBA, WBO und IBF seine Titel am 13. April 2019 im 90.000 Zuschauer fassenden Londoner Wembley-Stadion verteidigen wird. Ursprünglich sollte Manuel Charr den Titel des regulären WBA-Weltmeisters im Dezember gegen Fres Oquendo verteidigen, doch da er unterdessen bei einer Trainingskontrolle der VADA positiv getestet worden ist, mußte er den Gürtel zurückgeben. Miller könnte gegen Oquendo um den vakanten Titel kämpfen und im Frühjahr einen weiteren Kampf austragen, um dann womöglich im Herbst endlich auf Anthony Joshua zu treffen.

Anthony Joshua hat zuletzt den russischen Pflichterausforderer Alexander Powetkin besiegt und soll im April entweder gegen Dillian Whyte oder Deontay Wilder antreten. Whyte trifft am 22. Dezember entweder auf seinen Landsmann Dereck Chisora oder den Kubaner Luis Ortiz. Da er in beiden Fällen Gefahr liefe, den Kampf zu verlieren, könnte es Hearn am Ende doch noch vorziehen, Jarrell Miller im April mit Joshua in den Ring zu schicken.

Unterdessen hat sich Tyson Fury mit einem skurrilen Angebot zu Wort gemeldet, der Jarrell Miller dazu einlädt, für 100.000 Dollar ein Sparring mit oder ohne Handschuhe im Trainingslager in Big Bear mit ihm zu absolvieren. Er habe ihn einst bei einem Sparring in Lancaster siebenmal niedergeschlagen und werde das nun zehnmals schaffen. So laute die Wette, der Sieger bekomme die volle Summe. Was könnte er mit dieser seltsamen Offerte bezwecken, außer sich und seinen Kampf gegen

Deontay Wilder am 1. Dezember im Staples Center in Los Angeles ins Gespräch zu bringen? Sollte er sich ernsthaft mit Miller messen wollen, liefe er Gefahr, sich dabei eine Verletzung zuzuziehen, so daß sein Auftritt mit dem WBC-Weltmeister gestorben wäre.

Eddie Hearn hat vorhergesagt, daß Fury sein Trainingslager nicht überstehen werde, ohne sich zu verletzen und daraufhin den Kampf gegen Wilder absagen zu können. Damit unterstellt er natürlich, daß sich der Herausforderer für seine ebenso spektakuläre wie waghalsige Initiative von vornherein eine Hintertür offen gelassen hat. Zur Vorbereitung auf Deontay Wilder, der 2,01 m groß ist, aber nur um die 100 kg auf die Waage bringt, wäre Jarrell Miller aufgrund seiner Physis jedenfalls eine denkbar schlechte Wahl. Ginge es gegen Dereck Chisora oder Dillian Whyte, sähe die Sache anders aus. Letzten Endes kann man nur vermuten, daß Tyson Fury jede Gelegenheit nutzt, die Konkurrenz madig zu machen, aber nicht ernsthaft davon ausgeht, daß sich Miller auf diesen absurden Wettstreit einläßt. [2]

Anmerkungen:

[1] www.boxingnews24.com/2018/10/jarrell-big-baby-miller-stops-tomasz-adamek-results/

[2] www.boxingnews24.com/2018/10/tyson-fury-challenges-jarrell-miller-to-a-100-000-spar/

<http://www.schattenblick.de/infopool/sport/boxen/sbxm2305.html>

KINDERBLICK

Ein Baum braucht gemischte Gesellschaft ...

(SB) 8. Oktober 2018 - Der Kakaobaum ist nicht nur so ungemain interessant, weil an ihm die Kakaobohnen reifen, aus denen später einmal Schokolade und Kakaotränke gefertigt werden, er ist auch für sich genommen eine ganz besondere Pflanze. In diesem Artikel geht es also nicht um die Schokoladenherstellung, sondern einzig um den Baum, dem wir zwar die Kakaobohnen verdanken, die aber ganz bestimmt nicht für uns Menschen wachsen. Es handelt sich ganz einfach um die Samenkörner, die der Verbreitung der Kakao-Pflanze dienen, wie beispielsweise die Walnüsse dem Walnußbaum, die Kirschenkerne der Kirsche oder die Apfelkerne in den leckeren Äpfeln dem Apfelbaum.

Der Kakaobaum ist ein echter Dschungelbewohner. In den Regenwäldern von Lateinamerika ist er zuhause. Dort, wo es warm, feucht und schattig ist, fühlt er sich wohl. Als immergrüner Baum wächst er bis zu 15 Meter hoch. Mittlerweile werden Kakaobäume auch in Asien und Afrika angepflanzt, in besonders hoher Anzahl an der Elfenbeinküste und in Ghana.

Auffällig sind seine vielen unzähligen Blüten mit ihrer weißen, zart rosa bis roten Farbe, weil sie an einem dicken Stängel direkt aus dem Stamm oder an den starken, kräftigen Ästen des Kakaobaumes heraus wachsen. Die Bestäubung der Blüten übernehmen Mücken und Fliegen.



Kakaoblüten wachsen direkt am Stamm

Foto: 2011, by Daderot [Public domain], from Wikimedia Commons

Nach der Blütezeit bilden sich die Früchte des Kakaobaums aus. Nun kann man sich vorstellen, warum der Blütenstiel ziemlich dick ist, denn die Frucht, die er tragen muss, wenn sie voll ausgereift ist, erreicht eine Größe von 20 cm und kann bis zu 500 Gramm wiegen. Sie ist etwa so groß wie eine Ananas, hat aber eine ovale Form und



ist zunächst grün, färbt sich dann im Verlauf der Reifung je nach Sorte mal rot, gelb oder lila.

Die Schale ist dann hart und ledrig. Darin verborgen liegen die Samenkörner - die Kakaobohnen! Eingebettet in einer weißen, glibbrigen Masse, befinden sich ca. 50 Stück von ihnen in waagerechter Anordnung, wie auf dem Bild gut zu sehen ist.



Kakabohne ganz und aufgeschnittene Hälften

Foto: 2012, by Genet at the German language Wikipedia [CC BY-SA 3.0 de (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>)], from Wikimedia Commons

Kakaobaum mit reifen Früchten
Foto: 2005, by Francesco Veronesi (on Flickr) [CC BY-SA 2.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0>)], via Wikimedia Commons

Die Frucht fällt zu Boden und dient verschiedenen Säugetieren des Regenwaldes als leckere Mahlzeit. Durch das Fressen und Ausscheiden tragen die Tiere zur Verbreitung der Samen des Kakaobaumes bei und erhalten durch den Verzehr der sehr nahrhaften Früchte eine gehaltvolle Nahrung.

Ein Kakaobaum wächst, blüht und bildet übers ganze Jahr Früchte aus. Blätter verliert er, als immergrüne Pflanze, nur einzelne. Aber er ist sehr empfindlich und einigen tödlichen Gefahren ausgesetzt. Zum einen gehen Forscher davon aus, dass es aufgrund der Klimaerwärmung zum Aussterben des Kakaobaumes bereits im Jahr 2050 kommen könnte. Der Baum wächst und gedeiht nur in ganz bestimmten Regionen der Regenwälder besonders gut, und er trägt dort wirklich viele Früchte, wo er ausreichend Regen bekommt und die Luftfeuchtigkeit hoch genug ist. Außerdem sollte die Temperatur übers ganze Jahr um die 25°C betragen. Diese Bedingungen finden Ka-

kaobäume nur in den Regenwäldern rund 20 Kilometer nördlich und südlich des Äquators.

Würde die Temperatur auf der Erde beispielsweise um 2,1°C stei-

gen, so würden sich auch Trockenheit und Dürren ausbreiten, die für die Kakaobäume über kurz oder lang zum Absterben führen würden. Da es heute absehbar ist, dass die Erderwärmung stattfindet, forschen Wissenschaftler daran, Kakaobäume zu züchten, die robuster und unempfindlicher sind.

Doch die Kakaobäume sind auch heute schon stark gefährdet. Pilze und Viren machen ihnen zu schaffen und zerstören die Bäume ganz oder sorgen dafür, dass sie keine Früchte mehr tragen. Nach wissenschaftlichen Schätzungen fällt nahezu ein Fünftel der jährlichen Kakaernte den natürlichen Feinden der Kakaopflanze zum Opfer. Die größten Kakaofeinde tragen Namen wie "Black Pod", "Frosty Pod" oder "Witches Broom". Es handelt sich bei all den genannten um Pilzkrankheiten, die bis zu 50% der Baumbestände vernichten können. Auch ein Virus, das von Blattläusen übertragen wird, kann innerhalb von ca. 2 Jahren zum Absterben eines ganzen Baumbestandes, beispielsweise auf einer Plantage führen. Bekämpfen kann man den Pilz- oder Virusbefall nur durch Verbrennen der erkrankten Bäume.

Möglicherweise ist die Unzahl an Blüten und die reichliche Fruchtbildung die Gegenmaßnahme des Kakaobaumes. Er sorgt auf diese Weise für eine große Zahl an Samenkernen, die im Regenwald verbreitet werden und an anderer Stelle zu einer neuen Kakao-Pflanze heranwachsen können. Im besten Fall haben sich dort noch keine der gefährlichen Pilze oder Viren ausgebreitet und es können neue, gesunde Bäume sprießen und für den Fortbestand dieser Pflanzenart sorgen.



Viele Kakaofrüchte am Stamm, von unten gesehen

Foto: 2007, by Piekfrosch (Wikipedia-User) (selbst fotografiert Borneo/Malaysia) [Public domain], via Wikimedia Commons

Eine weitere Bedrohung stellen auch die Rodungen der Regenwälder dar. Je mehr von diesen Wäldern vernichtet werden, desto weniger Raum bleibt für die empfindlichen Kakaobäume unter natürlichen klimatischen Bedingungen wachsen und gedeihen zu können. Die Frage bleibt doch, warum Wissenschaftler (und all die Unternehmen, die Schokola-

den- und Kakaoprodukte herstellen), sich nicht in erster Linie für den Erhalt der Regenwälder einsetzen, sondern sich stattdessen vorrangig bemühen, robustere Sorten zu züchten?

Diesem Artikel liegen folgende Quellen zugrunde:

- <https://www.abenteuer-regenwald.de/wissen/pflanzen/kakaobaum>
- <https://www.n-tv.de/wissen/Kakaobaume-durch-Klimawandel-bedroht-article20210246.html>
- <https://theobroma-cacao.de/wissen/kakaobaum/krankheiten/>

KULTURCAFÉ Komm du



Programm Oktober 2018

Veranstaltungen von 20.00 bis 22.00 Uhr
bei freiem Eintritt/Hutspende, wenn nicht anders angegeben

- Do, 04.10.: Autorenlesung – **Bella Bender** / „Tinte in Wasser“
Abgründige Kurzgeschichten
- Fr, 05.10.: Konzert – **Lariza** / „Gold Seeker“ – neo jazz pop
- Sa, 06.10.: Konzert – **Andrew Gordon** / Traditional Scottish Folk und zeitgenössische schottische Lieder
- Do, 11.10.: Konzert – **Em Huysken** / „Lieder von gestern und morgen“ – Ein besinnlich-nachdenklicher Liederabend
- Fr, 12.10.: Konzert – **Billbrook BluesBand** / Rollin' and Jivin' Rhythm & Blues
- Sa, 13.10.: Vernissage mit Life-Musik – **Filex Msalu** / „Swahili Arts Exhibition“ – Batikbilder aus Tansania. Eröffnung der Ausstellung mit Swahili Soul von Manuuh Swai, 15.00-17.00 Uhr
- Sa, 13.10.: Improvisationstheater – **Meet The Monsters** / „Die spontane Impro-Show“
- Do, 18.10.: Vortrag und Diskussion – **Heinz Kruse und Gunther Sosna** (Neue Debatte) / „Menschenrechte im Kapitalismus“
- Fr, 19.10.: Konzert – **Djanganonauten** / Manouche, Swing und Gipsy-Jazz made in Hamburg
- Sa, 20.10.: Konzerte im Rahmen der SuedKultur MusicNight, Eintritt: 5,- Euro für alle Konzerte der SKMN
Salty Shores / Celtic Folk, 16.00-17.30 Uhr
Circus Genard / Reggae-Beats, HipHop, Dancehall, 18.00-19.30 Uhr
Crapshoot / Boogie, Blues und Rock 'n' Roll, 20.00-22.00 Uhr
- Mi, 24.10.: Konzert – **Fintan McHugh** / Folk-Troubadour – Traditioneller Irish Folk und eigene Songs
- Do, 25.10.: Multimedia-Vortrag – **Marc-Enrico Ibscher** / „Der französische Komponist Georges Bizet (1838-1875)“
- Fr, 26.10.: Konzert – **Kirbanu** / „Echo Chamber“ – Atmospheric Indie Pop aus Australien
- Sa, 27.10.: Puppentheater – **Maya Raue** / „Kollin Kläff und der gestohlene Zauberstab“, 12.00 und 15.00 Uhr, Eintritt: 6,- Euro
- Sa, 27.10.: Konzert – **Pulaski & Lake** / Blues, Jazz, Rock und Folk
- Mi, 31.10.: Halloween-Konzert – **Kekso & Téry Kafo** / West-afrikanische Rhythmen, Jazz, Soul und Reggae
- bis Fr, 12.10.: Ausstellung – **Regina Elvers** / „Augenblick im Licht ...“

Öffnungszeiten:

Mo bis Fr: 07.30 – 17.00 Uhr, Sa: 09.00 – 17.00 Uhr
An Veranstaltungstagen durchgängig geöffnet und abends open end

Am Mittwoch, den 3. Oktober (Tag der Dt. Einheit)
bleibt das Komm du geschlossen



Das **Komm du** in Harburg
Begegnung und Diskussion, Live-Musik, Kleinkunst- und Tanzperformances, Ausstellungen,
Lesungen, Vorträge, Veranstaltungen für Kinder, Literatur- und Zeitungsangebot, kostenloses WLAN, Spiele,
Kaffeespezialitäten, selbstgemachter Kuchen, täglich wechselnder Mittagstisch

Buxtehuder Straße 13, 21073 Hamburg
E-Mail: kommdu@gmx.de · Tel.: 040 / 57 22 89 52
Internet: www.komm-du.de · www.facebook.de/KommDu
Eventmanagement – Tel.: 04837 / 90 26 98 · E-Mail: redaktion@schattenblick.de
V.i.S.d.P.: Britta Barthel, Buxtehuder Str. 13, 21073 Hamburg

Inhalt

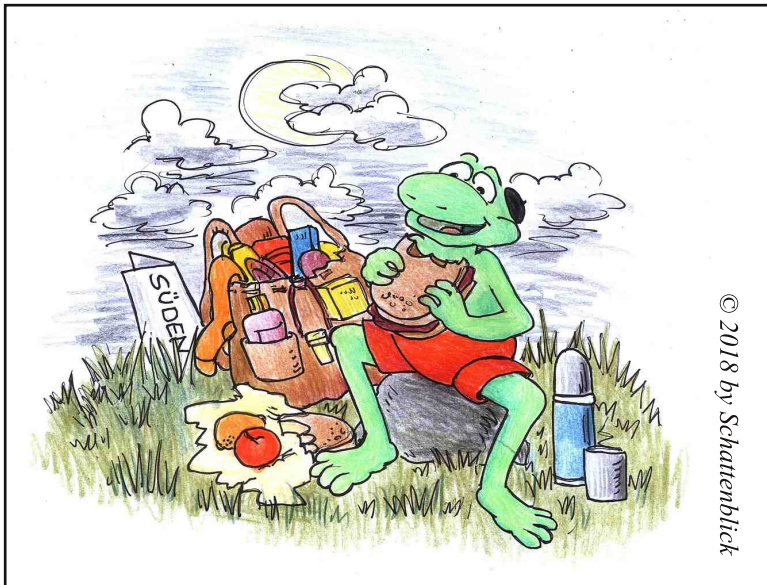
Ausgabe 2702 / Dienstag, den 9. Oktober 2018

EUROPOOL - MEINUNGEN	Rumäniens homophobes Referendum (Pressenza)	Seite 1
SCHACH-SPHINX	Spurenlese der eigenen Seele	Seite 4
POLITIK - REDAKTION	Biowaffen - Feldversuche an den Grenzen Europas ...	Seite 5
POLITIK - KOMMENTAR	Klimawandel - auf dem Rücken des Bürgers ...	Seite 6
POLITIK - KOMMENTAR	Brasilien - Rechtsruck ...	Seite 8
POLITIK - SOZIALES	Historische Großdemonstration der Frauen gegen Faschismus in Brasilien (Pressenza)	Seite 11
RECHT - FAKTEN	Paraguay verhängt Ausnahmezustand in Gefängnissen (poonal)	Seite 14
RECHT - FAKTEN	Peru - Fujimori soll wieder in Haft kommen (poonal)	Seite 15
GESUNDHEITSWESEN	Argentinien - Die Gesundheitsversorgung krankt (poonal)	Seite 16
SPORT - BOXEN	Schwergewicht - von der Dampfwalze überrollt ...	Seite 19
KINDERBLICK - NATURKUNDE	Ein Baum braucht gemischte Gesellschaft ...	Seite 20
DIENSTE - WETTER	Und morgen, den 9. Oktober 2018	Seite 24

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 9. Oktober 2018

+++ Vorhersage für den 09.10.2018 bis zum 10.10.2018 +++



Wolken, Sonne wechselhaft,
treiben mitteltrübe Stunden,
so hilft dann die Sonnenkraft
Frosch Jean-Luc über die Runden.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.